

vorschläge zu wenden gehabt. Bedenken erregen konnte in staatssozialistisch gefinnten Kreisen die Abschaffung der Staatswerke und des Bergbaudepartements, wie schließlich durch alle diese Einschränkungen weitere Ueberfüllung des Arbeitsmarktes und damit neuer Lohndruck vorzuziehen wäre.

Die gewaltige Erregung aber, die der Report hervorgerufen hat, ist erst zu begreifen, wenn man den Rest der Geddes-Vorschläge — Abstriche von 18 000 000 Pfund Sterling für Unterrichtszwecke, 2 520 000 Pfund Sterling für Gesundheitsfürsorge, 3 366 000 Pfund Sterling von Kriegerversicherung — kennen lernt. Besonders die Verminderung des Schulbudgets hat tiefe Empörung vor allem in Arbeiterkreisen, aber auch bei den fortschrittlich gerichteten Liberalen hervorgerufen. Das schulpflichtige Alter soll von 5 auf 6 Jahre erhöht werden, was eine große Belastung der erwerbstätigen Arbeiterfrau, gewiß Verwahrlosung der „auf die Straße geworfenen“ Kinder bedeutet. Die Schulklassen der Elementarschulen sollen vergrößert, die pekuniäre Stellung der Lehrer herabgedrückt werden u. ä. Das alles bedeutet eine Herabminderung der Bildungsmöglichkeiten gerade der minderbemittelten Klassen, eine Verschlechterung des ganzen geistigen Zustandes der Nation, ist aber auch — und das erregt die Empörung der Arbeiterschaft so sehr — ein Beitrag zu dem Bemühen der Kapitalisten, dem Arbeiter den Aufstieg unbillig noch mehr zu erschweren, als es schon in seiner Klassenlage begründet ist. Inzwischen scheint denn auch die Regierung hier einlenken zu wollen, hat dafür aber auch gleichfalls dem Verlangen der Militärs um Herabsetzung der Abstriche für deren Ressorts stattgegeben. Auch der Plan, die Unterstützung der ländlichen Siedlung seitens des Staates einzuschränken, Kriegspensionen einzuschränken, die Kosten der Krankenversicherung abzuwälzen und die Arbeitsnachweise zu vermindern, dienen nicht gerade dazu, die Ersparnisvorschläge der Geddes-Kommission der Arbeiterschaft schmachhaft zu machen. Vorläufig hat sie ihrer Stimmung bei drei Wahlen deutlichen Ausdruck gegeben, die Debatte im Unterhaus, die die Regierung gerne abkürzen möchte, wird weiteres zeigen.

Einschränkungen des Beamtenapparates, energische Abstriche von den Forderungen und an der Zahl der Ressorts wird England wie auch Deutschland nicht umgehen können. Nur wird sich zeigen müssen — und Genua und die Wahlkampagne stehen vor der Tür —, ob die vorgeschlagenen Mittel, die vom Proletariat die Hauptopfer verlangen, durchführbar und am Ende fruchtbar sind oder ob andere, radikalere Wege eingeschlagen werden müssen, das Sparproblem — auch dieses ein internationales — zu lösen.

Deutschlands Wiedergutmachungsleistungen

Bisher 6 1/2 Milliarden angerechnet.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, durch die sie bis zum 31. Dezember 1921 von Deutschland erfolgten Leistungen bewertet. Die Liste lautet wie folgt:

- I. Zahlung in Gold und ausländischen Devisen
a) direkt von Deutschland bis 31. Dezember 1921 geleistete Zahlungen: 1 041 419 000 Goldmark.
b) Einnahme aus anderen Quellen, die für Rechnung Deutschlands erfolgt: 1. Zahlung Dänemarks für die Abtretung eines Teiles von Schleswig-Holstein 65 000 000 Goldmark. 2. Verkauf der zerstörtesten Kriegsmaterialien 40 980 000 Goldmark. 3. Verschiedenes 657 000 Goldmark.
c) Einnahmen aus der Durchführung der Abgabe von eingeführten deutschen Waren in England (Recovery Act) 36 136 000 Goldmark.
insgesamt 1 184 171 000 Goldmark.
 - II. Sachleistungen (Schätzungswerte)
a) an alliierte und assoziierte Mächte 2 760 250 000 Goldmark.
b) Verkauf an England, an die Textilfabriken der Vereinigten Staaten usw. 39 092 000 Goldmark.
insgesamt 2 799 342 000 Goldmark.
- Unter I und II sind also insgesamt eingegangen 3 983 514 000 Goldmark.

III. (Schätzungswerte). In den abgetretenen Gebieten übernommenen Staatsvermögen nach den gegenwärtigen Schätzungen unter Ausschluß der schleswig-holsteinischen Güter, die unter Ib 1. bereits verrechnet sind, 2 504 342 000 Goldmark.
insgesamt 6 847 856 000 Goldmark.

In dieser Aufstellung sind nicht enthalten, die von Deutschland restituierten Gegenstände, für die es keinen Anspruch auf Gutschrift besitzt. Ferner die von Deutschland direkt an die Besatzungsarmeen geleisteten Zahlungen in Papiermark, Sachleistungen und Diensten; schließlich die von Deutschland für die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, die ihm nach dem Wortlaut des Friedensvertrages zur Last fallen.

Der Gesamtbetrag in Höhe von etwa 6 1/2 Milliarden Goldmark kann für folgende Posten Verwendung finden: 1. Rückzahlung der Vorschüsse zur Erleichterung der Rohstofflieferung auf Grund des Abkommens von Spa in Höhe von etwa 300 Millionen Goldmark. 2. Besetzungskosten bis zum 1. Mai 1921, soweit sie durch Zahlung in Papiermark und in den oben erwähnten Leistungen nicht gedeckt sind. 3. Reparationen.

Die Mitteilung bemerkt ferner, daß die vorläufige Abschätzung der Zahlungen und Leistungen bis zum 1. April 1921, die seinerzeit eine Gesamtsumme von etwa 7 1/2 Milliarden ergab, die obersiehende Abschätzung bis Ende des Jahres 1921 demnach um ungefähr eine Milliarde übertrifft. Dieser Widerspruch erklärte sich dadurch, daß die vorläufige Abschätzung der Leistungen bis 1. Mai 1921 folgende Posten umfaßt habe, die in der anderen Abschätzung nicht enthalten seien: Zahlungen Deutschlands für seine Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen, direkte Leistungen Deutschlands an die Besatzungsarmeen durch Zahlungen in Papiermark, Warenlieferungen und Dienstleistungen, schließlich die Kosten der verschiedenen Kommissionen, die zu Lasten Deutschlands gehen. Dagegen umfasse die Abschätzung bis zum Ende des Jahres 1921 folgende Posten, die in der vorläufigen Abschätzung der Leistungen bis zum 1. Mai nicht enthalten waren: Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, soweit dessen Wert nicht durch Barzahlungen eingelöst wurde, und die Zahlungen und Lieferungen in natura zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember 1921 in Höhe von ungefähr 1 400 000 000 Goldmark.

In dem amtlichen Bericht der Reparationskommission sind die in das Konto II und III eingefetzten Ziffern als Schätzungsweise angegeben. Auch diese Berechnung ist also nicht als endgültig anzusehen. Welche Berechnung soll nun gelten, die welche die bis zum 1. Mai 1921 erstatteten Reparationsleistungen auf 7 1/2 Milliarden einschätzt, oder die bis zum 31. Dezember 1921 durchgeführte Ausführung von 6 1/2 Milliarden? In dieser letzten Rechnung stecken 1,4 Milliarden Wiedergutmachungsleistungen, die in der ersten nicht enthalten sind. Fügt man diese Summe in die erste Rechnung ein, so hätten wir bis zum 31. Dezember roh gewertet 9 Milliarden Goldmark Wiedergutmachung geleistet. Damit ergibt sich zwischen beiden Berechnungen eine Differenz von rund 2 1/2 Milliarden und nicht, wie der amtliche Bericht besagt, von etwa 1 Milliarde.

Wollte man paradox sein, dann könnte man sagen, daß die Schulden Deutschlands an die Entente durch die Leistungen in der Zeit vom 1. Mai bis zum 31. Dezember 1921 nicht geringer geworden sind, sondern daß sie sich um 1 Milliarde erhöht haben. Dieses Spiel kann die Reparationskommission durch ihre Rechenkünste beliebig fortsetzen, so daß wir tatsächlich die Arbeit eines Danaos leisten. In jedem Knopfladen besteht heute so etwas wie eine geordnete Buchführung. Es wäre ein vielleicht nicht ganz unberechtigter Wunsch des Schuldners, endlich einmal eine glatte Rechnung in der Hand zu haben, die Rechtskraft hat und von der nicht plötzlich nach Jahr und Tag Milliarden als nicht erstattet abdrökeln.

Gefahrwahl in England. Bei der Nachwahl zum Unterhaus in Woburnhampton erhielt Bird (Koalitionsumionist) 16 700, Walden (Arbeiterpartei) 13 799 Stimmen. Der Bezirk war auch bisher von einem Koalitionsumionisten vertreten.

Carl Ludwig Schleich, der hervorragende Arzt und ein Künstler und Denker von Eigenart, ist im 63. Lebensjahre in einem Sanatorium in Soarow gestorben. Er war eine eigenwüchtige Persönlichkeit von vielseitiger Begabung, die in den üblichen Rahmen nicht paßte. Sohn eines Stettiner Arztes, holte er Medizin studiert, wäre aber beinahe Opernsänger geworden (er hat dies ergötlich in seinen Lebenserinnerungen erzählt). Als Assistent Birchows gewann er Einblicke in die entwickeltste naturwissenschaftliche Forschungsmethode, gleichzeitig war er in regem Konnex mit Dehmel und Strindberg und 1892 demonstrierte er dem Berliner Chirurgenkongress das von ihm intuitiv erfundene System der lokalen Betäubung und wurde abgelehnt. Aber seine Entdeckung ging ihren Weg und Schleich auch. Glänzend geschriebene Bücher über die Seele, das Schaltwerk der Gedanken und populärwissenschaftliche Schriften gewannen Schleich einen großen Leserkreis. Seine stark ins Okkultistische gehenden wissenschaftlichen Anschauungen und manche seiner medizinischen Behauptungen werden von der Kritik nicht standhalten. Aber als allseitig strebender Mensch und bedeutungsvolle Persönlichkeit überragt Schleich Tugende der bloßen Fachleute.

Geprobte Fieberthermometer. Ein Gesetz über die Prüfung und Besorgung von Fieberthermometern, das die Fabrikanten verpflichtet, alle von ihnen hergestellten Thermometer amtlich prüfen zu lassen, ist vor kurzem in Kraft getreten. Das Gesetz verlangt auch von den Groß- und Kleinhändlern, daß sie ihre Bestände den Prüfungsanstalten zur Kontrolle vorlegen. Dabei ergab sich, daß ein beträchtlicher Teil der Lagerware — durchschnittlich 30 Proz. — bei der Prüfung als unbrauchbar ausgeschieden werden mußte. Wie in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird, kommt diese ungewöhnlich große Zahl an unbrauchbaren Thermometern daher, daß gewissenlose Fabrikanten und Händler vor dem Inkrafttreten des Gesetzes versuchten, noch allen bei ihnen lagernden Schund an den Mann zu bringen. Die bisher aus den Kreisen der Zwischenhändler zur Prüfung eingereichten Thermometer sind verhältnismäßig so gering an Zahl, daß man annehmen muß, daß noch sehr viel minderwertige Ware heimlich ungeprüft abgesetzt wird. Die ungeprüften Fieberthermometer bilden also jetzt in der Uebergangszeit eine größere Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen als je zuvor, und nicht nur die Ärzte müssen darauf achten, daß die Segnungen dieses Gesetzes sich bald auswirken können, sondern auch jeder Käufer eines Thermometers sollte sich des Instrumentes vorher genau ansehen. Jedes Thermometer, das die amtliche Prüfung in den dazu berechtigten Anstalten bestanden hat, wird durch Aufhängen des Zeichens DR., einer laufenden Nummer und der Jahreszahl beglaubigt. Amtliche Prüfungshefte werden im allgemeinen nicht ausgestellt; die vielfach von den Vertretigern mitgegebenen Fabrikhefte, die eine amtliche Prüfung vortäuschen sollen, sind gänzlich wertlos. Die geprüften und beglaubigten Fieberthermometer liefern bis auf 0,1 Grad richtige Angaben der Temperatur.

Die Eigen-Ehe ohne Trauung. In allen Kulturländern pflegt eine Ehe im allgemeinen nur dann Gültigkeit zu haben, wenn sie durch eine Trauungszeremonie rechtskräftig geworden ist. Im allgemeinen ist der normale Abschluß einer Ehe heute durch den Weg über Standesamt und Kirche vorgezeichnet. Aber auch jedes von beiden genügt an sich, um einer Ehe die Voraussetzungen der Legiti-

Parteitag in Augsburg.

Der Sozialdemokratische Parteiauschuß beschloß in seiner heutigen Sitzung, den Parteitag für die zweite Septemberhälfte nach Augsburg einzuberufen.

Um das Steuerkompromiß.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt:

Die bevorstehende Entscheidung über das Steuerkompromiß gibt naturgemäß zu den verschiedensten Kombinationen Anlaß. Schon will man wissen, daß das Steuerkompromiß endgültig gesichert ist oder seine endgültige Sicherung im Laufe des heutigen Tages stattfindet. Von anderer Seite wird wieder gemeldet, daß am Dienstag nachmittag zwischen dem Reichskanzler und den Regierungsparteien Verhandlungen über das Steuerkompromiß stattgefunden haben. Von alledem trifft nichts zu. Eine Sicherung des Steuerkompromisses liegt vorläufig noch nicht vor, da erstens die interfraktionelle Sitzung unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei erst am Donnerstag nachmittag stattfindet, und zweitens die Fraktionen zu dem Kompromiß bisher noch keine endgültige Stellung genommen haben. Die Verschiebung der interfraktionellen Sitzung auf Donnerstag ist damit begründet, daß maßgebende Parteiführer wie auch Regierungsmitglieder am Mittwoch bzw. Donnerstag vormittag an Konferenzen gebunden sind. Entgegen anderslautenden Meldungen ist weiterhin festzustellen, daß in dieser Woche noch keine Besprechungen des Reichskanzlers mit den Koalitionsparteien stattgefunden haben, sondern daß lediglich am Dienstag nachmittag eine Zusammenkunft der sozialdemokratischen Parteiführer mit dem Reichskanzler in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Dr. Hermes erfolgte. Die Besprechung trug vertraulichen Charakter.

Welcher Art die Schwierigkeiten sein werden, die bei den interfraktionellen Besprechungen am Donnerstag zu erwarten sind, hängt ganz von den „sachlichen und persönlichen Garantien“ ab, die die Volkspartei fordert. Zwar wird bereits gemeldet, die Deutsche Volkspartei werde dem Kompromiß auch im Plenum zustimmen und die geforderten persönlichen Garantien zurückstellen. Inwieweit das zutrifft, wird sich am Donnerstag zeigen.

Die oberschlesischen Gewerkschaften.

Die „II.“ von zuständiger Stelle erfährt, kann als Ergebnis der Genfer Verhandlungen bezüglich der Gewerkschaftsfragen in dem polnisch gewordenen Oberschlesien folgendes festgestellt werden: Die Verhandlungen in Genf ergaben über die Frage des Weiterbestehens der gewerkschaftlichen Organisationen eine weitgehende Einigung. Ein noch bestehender Streitpunkt, der die Frage des Eigenes der Bezirksleitungen der einzelnen Gewerkschaften betrifft, wird wohl durch Präsident Calonder entschieden werden müssen. Für die deutschen Gewerkschaften im polnisch werdenden Teile Oberschlesiens ist wichtig, daß die Verbindung mit den deutschen Zentralen für die Dauer von 15 Jahren gesichert ist. Dieses Verbundenbleiben mit den Zentralstellen erfährt allerdings Beeinträchtigung durch eine weitgehende Selbstständigkeit der im polnisch werdenden Teile Oberschlesiens tätigen Gliederungen der deutschen Gewerkschaften, die sich vereinbarungsgemäß auf folgende Punkte erstrecken wird: 1. auf die Bezeichnung der selbstständigen Bezirks- oder Ortsstellen, 2. auf ihre Vertretung bei Verhandlungen über die tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, 3. auf ihre verantwortliche Vertretung gegenüber den Regierungsstellen, 4. auf ihre Befugnisse zur Aufnahme und Ablehnung von Mitgliedern und 5. auf ihre Befugnisse hinsichtlich einer gewissen Selbstständigkeit in der Finanzgebarung. Sowohl die deutschen wie die polnischen Gewerkschaften werden sich zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen durch besondere Beschlüsse, die den beiderseitigen Regierungen ausgehändigt werden, verpflichten. Durch diese Abmachungen, die in ihren technischen Einzelheiten sofort nach Unterzeichnung des Gesamtvertrages durchgeführt werden, ist einer der wesentlichsten Streitpunkte der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien aus dem Wege geräumt. Für die Behandlung der Fragen in Genf hat sich als durchaus vorteilhaft erwiesen, daß neben den Unterhändlern der beiderseitigen Regierungen deutsche und polnische Arbeitervertreter mitwirkten.

In Amerika gibt es noch eine dritte Form, in der zwei Menschen sich für das Leben verbinden können. Nach dem Common Law des Staates New York können Mann und Frau, auch ohne Standesamt oder Kirche aufgesucht zu haben, eine Art rechtsgültiger Ehe miteinander eingehen. Es genügt, wenn zwei ledige Personen männlichen und weiblichen Geschlechts sich in der Absicht, einander für das Leben als Ehegatten anzugehören, eine gemeinsame Wohnung nehmen und ein gemeinschaftliches Leben beginnen. Die Voraussetzung für die Rechtsverbindlichkeit einer solchen sogenannten gemeinrechtlichen Ehe bestehen darin, daß die beiden tatsächlich die Absicht haben, als Mann und Frau zusammen zu bleiben und nicht etwa nur auf eine kürzere Zeit eine eheliche Gemeinschaft zu führen, daß sie sich ferner gegenseitig als Mann und Frau behandeln und auch andern gegenüber so bezeichnen, und daß sie schließlich bei ihrer Vereinigung beide ledig und mündig waren. Der Beweis für die Gültigkeit ihrer Verbindung kann in urkundlicher Form durch Briefe, Aufzeichnungen oder sonstige schriftliche Dokumente sowie auch durch Zeugen beigebracht werden.

Rizinusöl als politisches Kampfmittel. Eine Schlägerei, die kürzlich im Wirtshaus eines bei Ferrara gelegenen Dorfes zwischen kommunistischen Arbeitern und Faschisten stattfand, hat ein drohendes Nachspiel gehabt. Am Abend nach der Schlägerei rüdte eine Gruppe von etwa 100 Faschisten auf Fahrrädern und Motorrädern in den Ort ein und holte die Kommunisten, die den Sekretär des Faschistenbundes verprügelt hatten, aus den Häusern heraus. Statt an ihnen aber Lynchjustiz zu üben und sie ihrerseits zu verprügeln, begnügten sich die Faschisten damit, ihre kommunistischen Gegner zu zwingen, große Gläser Rizinusöl auszutrinken, was diese denn auch mit verzerrten Gesichtern unter der Hölle ihrer Strafvollstreckung taten.

Spielplanänderung. Im Deutschen Theater werden Donnerstag „Tartuff“ und „Ein Gelehrter“ Freitag „Die Waise“ aufgeführt. — Wegen technischer Schwierigkeiten ist die Premiere von „Laby Ghe“ im Neuen Operntheater auf Sonnabend verlegt.

Musikische Oper in Berlin. In der Volksbühne werden auch in diesem Sommer Opernveranstaltungen stattfinden, hauptsächlich Werke von Richard Wagner. — Außerdem werden eine Reihe russischer Opern unter Leitung eines der namhaftesten Dirigenten aufgeführt, u. a. Boris Godunow, Tschaikowskys Opern. Unter den mitwirkenden Sängern befindet sich auch George Ballaloff.

Zum Institut für Meeressunde spricht Freitag Prof. Berg über „Vertreibung und die Befreiung vom Meer“. Das Programm der Vorträge, Einzelkarten (3 M.) und Dauerkarten (12 M.), sind im Museum (Georgenstr. 34/36) zu erhalten.

Die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger veranstaltet am 25. März im Retzsch-Balal ein Nacht-Ballett mit anschließendem Ball. Eintrittskarten ab Donnerstag im Bureau B 62, Reichstr. 11 (Nahow 3312) von 10 bis 1 Uhr.

Ein georgischer Gesellschaftsabend findet Freitag 8 Uhr im Bräudervereinshaus, Kurfürstent. 115, zum erstenmal in Berlin statt (Königstr., Kabinett und Ball). Es werden georgische und isperische Länze in Nationaltracht vorgeführt. Eintrittskarten bei Bergheim und an der Abendkasse.

Kleine Geschichten.

Von Peter Scher.

Der Nagel im Schuh.

Treßlers sind die nettesten Menschen, die man sich denken kann, aber aktive Menschen kann man sie nicht gerade nennen. Sie bewegen sich in einer Welt, die sie sich unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Bedürfnisse genau so geschaffen haben, wie sie sie brauchen. Wenn es sich aber doch einmal herausstellt, daß es außer dieser komfortablen auch noch eine unkomfortable Welt gibt, der es gelegentlich beliebt, mit ihrer Brinnatwelt zu kollidieren, so wissen sie auch daraus die für sie angenehmste Ruhanwendung zu ziehen, indem sie den Fall theoretisch so ausgiebig nach allen Richtungen erörtern, daß schließlich nicht der Anlaß als das Wesentliche dasteht, sondern die Erörterung, die sich bei ihrer beiderseitigen Richtigkeit in der erfreulichsten Form vollzieht.

So bot längere Zeit Herrn Treßler ein Nagel in seinem linken Schuh erwünschten Anlaß zu lebhaften und anregenden Schilderungen der Leiden, die er dadurch auszuhalten und der männlichen Widerstände, die er diesem Leiden bei den merkwürdigsten Anlässen entgegenzusetzen in der Lage war.

Frau Treßler pflegte in der ihr eigenen lebhaften Art auf Herrn Treßlers Darstellungen einzugehen, und da sie viel Phantasie besaß, konnten sie sich oft und lange über alle Möglichkeiten, die sich infolge des Nagels in Herrn Treßlers linken Schuh eröffneten, unterhalten.

Nur auf eine Möglichkeit versiefen sie niemals, so oft Herr Treßler auch über die Gewalttätigkeit des Bestes klagte, und Frau Treßler mit lebenswürdig ausgesprochenen Reden ihn tröstete. . . auf die Möglichkeit, daß man den Nagel in fünf Minuten entfernen lassen könnte.

Die Bibliothek.

Der Herr Bülbe, der mir die Einrichtung seiner neuen Villa vorführte, hatte auch den Kapus besungen, im Vestibül einen aus seinem ehemaligen Zigarrenladen stammenden meterhohen Glaspfeiler aufzustellen und ihm zur besonderen Wirkung obendrein eine rote Glühbirne in die Hand geben zu lassen. Aber was wollte das schließlich bezagen, wenn mich Herr Bülbe dann doch in eine Bibliothek führen konnte, die vier Abteilungen prachtvoller Werke in folgender sinnreichen Anordnung aufwies:

- Erstes Regal: die Beinernen,
 - Zweites Regal: die Rohseidenen,
 - Drittes Regal: die Wildledernen,
 - Viertes Regal: die Schweinsledernen.
- „Fassen Sie mal an“, sagte Herr Bülbe, indem er liebkosend mit der Hand über die Wildledernen strich, „fassen Sie mal an, wie ich meine Bibliothek anfäht!“

Von der Leipziger Messe.

A. S. Leipzig, 8. März 1922.

Die Leipziger Frühjahrsmesse nimmt lebhaft ihren Fortgang. Die Geschäftstätigkeit des letzten Tages bestätigt die Auffassung, daß für den Beschäftigungsgrad der Industrie auf den meisten Gebieten vorläufig keine Sorge besteht. Auf einzelnen Teilen des Marktes wie in der Textilindustrie, ist die Nachfrage ganz ungewöhnlich stark. Aber auch im allgemeinen sind die Aussteller zufrieden. Schuh- und Lederwaren werden glatt verkauft, Werkzeugmaschinen und Motoren, wie Automobile, finden in gleicher Weise wie landwirtschaftliche Maschinen ihren Markt, und nicht zu vergessen ist das in Deutschland weitverbreitete Gebiet der sogenannten Luxusproduktion. Kunstgewerbliche Waren aller Art, insbesondere auch Porzellanwaren, Schmucksachen, kostbares Glas, haben Käufer in großer Zahl.

Ein besonderer Besuch galt der „Buga“, der Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik. Neben manchem Kitz, der Freude aller nationalen und internationalen Epäher, findet sich viel Wertvolles. Graphiten und künstlerische Reproduktionen klassischer Werke sind in großer Zahl vertreten; innerhalb der Buchmesse, die alle namhaften Verleger auf den Plan gerufen hat, finde ich meinen Kollegen vom unteren Stockwerk, den Resten der Vorwärts-Buchhandlung, die nach großen Schwierigkeiten am Anfang sich jetzt ihren Platz im Buchhandel gesichert hat. Es ist wohl ein Zeichen der Zeit, daß die sozialistische Literatur heute recht lebhaften Absatz findet und daß die Vorurteile gegen sie im Abflauen sind.

Ein Bild für sich gibt das Kongresshaus des Bing-Konzerns, das in ihren Räumen Fertigfabrikate verschiedenster Art angefangen von Korbmöbeln über die Spielzeugindustrie bis zur Glasindustrie und Hausgeräten darbietet. Man macht der Industrie auch den Vorwurf, daß zuviel nebeneinander gearbeitet wird. Zweifellos ist die Beobachtung richtig, und gerade die ungeheure Fülle oft ganz gleichartiger Waren, die man in den verschiedenen Reihenhäusern antrifft, befähigt sie. Sorgfältige Beobachtung aber zeigt, wie das Nebeneinanderarbeiten in den letzten Jahren tatsächlich durch die großzügige Konzentrationsbewegung der Industrie stark zurückgedrängt worden ist, eine Wahrnehmung, die aller Voraussicht nach in späteren Messen noch deutlicher zum Ausdruck kommen wird.

Ausländer, mit denen ich sprach, führten Klage über die Erschwerungen ihrer Einfuhr deutscher Waren durch Schutzzölle, wie sie zur Abwehr des deutschen Valutadumpings geschaffen worden sind. Diese Schutzzölle werden jetzt, je mehr die Produktionskosten der deutschen Industrie sich den Gestehungskosten hochvalutarischer Staaten nähern, zu einem gefährlichen Hemmnis des internationalen Warenverkehrs, das nicht nur dem deutschen Markt schadet. Oft beschwert man sich auch darüber, daß die deutschen Verkäufer gezwungen sind, ihre Verkäufe in höherwertiger Währung abzuschließen, ein Erfordernis, das durch die Reparationspolitik der Entente herausbeschworen wurde.

Aber trotzdem ist der Absatz gut, im Ausland wie im Inland. Das Ausland mit seiner großen Zahl wenig faulsträtiger Arbeiter, Festbesoldeten und Rentner, die alle von der Geldentwertung auf das Schwere mitgenommen sind, ist natürlich nicht sehr aufnahmefähig. Gleichwohl verheißt die Angstkäufe des Publikums, die der Sorge vor höheren Preisen entspringen, zu einem lebhaften Eingang von Aufträgen. Andererseits ist aber der Luxusbedarf längst nicht so stark zurückgegangen, wie der Alltagsbedarf derjenigen Menschen, die trotz allem, wenn sie genug zu leben haben. Wenn man das weiß, ist es nicht mehr erstaunlich, daß auf dem Büchermarkt wie in der keramischen Industrie gerade die verhältnismäßig ausgeführten und ausgereiften Artikel reichend begehrt sind. Luxusausgaben von Büchern werden ohne Rücksicht auf ihren Preis gekauft. Die gekonnte Steuerkraft des Besitzes äußert sich in einer Förderung der Luxusindustrie, macht diese und die in ihr beschäftigte Arbeiterschaft noch mehr, als es ohnedies der Fall wäre, von den Vätern der Konjunktur abhängig. Denn es ist selbstverständlich, daß ein nur geringer Rückschlag der Geschäftslage sich zuerst auf diesen Gebieten der Luxusproduktion äußern wird und dann diese derjenigen Arbeiter, die dort Beschäftigung gefunden haben, brotlos machen muß.

Doch das ist heute nur Zukunftssorge. Noch wird gekauft. Und das Erfreuliche ist, daß die Nachfrage sich auch in großem Umfange den eigentlich den Bedarfsindustrien und den wertvollsten, produktiven Industriezweigen. Eine Frage wirft sich allerdings auf und sie sollte den Führern der Wirtschaftspolitik ebenso wie der Arbeiterschaft zu denken geben: Auf manchen Gebieten der Industrie wird viel mehr verlangt, als produziert werden kann. Viel Schuld daran trägt die Rohstoffknappheit und der riesige, bei der Valutaverschlechterung doppelt drückende Rohstoffbedarf der deutschen Industrie. Immerhin sollte doch darauf Bedacht genommen werden, zu erforschen, welche Güter am ehesten für eine Rohstoffwirtschaft geeignet sind. Was nützen uns die ständig steigenden Preise, wenn auch der beste Erlös immer nur gerade zur Erhöhung der Profitrate, nicht aber zur Ausnutzung der ausenblicklichen Marktlogie im Interesse aller derer, die wirklich Bedarf haben, führt? Es ist durchaus bedenklich, wenn einzelne Industriezweige heute nicht lieferungsfähig sind, die vor zwei Jahren etwa um dieselbe Zeit auf das Schwere von der Absatzkrise betroffen wurden und damals die Zeit sehr gut hätten ausnützen können, um durch Schaffung von Vorräten der gesamten Volkswirtschaft zu dienen und jetzt ausländische Zahlungsmittel ins Land bringen zu können.

Amerika und Genua.

Washington, 8. März. (M.B.) Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ihre Antwort auf die Einladung zur Teilnahme an der Genueser Konferenz formuliert. Im Weißen Hause wird erklärt, daß die Verzögerung der Antwort auf die Abwesenheit des Staatssekretärs Hughes zurückzuführen sei, der sich einige Zeit auf den Bermudainseln befand.

Das Kabinett hat heute die Frage der finanziellen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den übrigen Ländern erörtert. Es heißt, daß die Regierung dem Gedanken, den Ausschuh zur Konsolidierung der ausländischen Schulden zur Genueser Konferenz zuzulassen, nicht zugestimmt hat.

Umstellung der Staatsbetriebe Österreichs.

Wien, 8. März. (U.) Der christlich-soziale Parteiführer Seipl teilte mit, daß die Staatsbetriebe von den Ministern völlig losgelöst und einem eigenen Generalkommissar mit dem Range eines Ministers unterstellt werden sollen, damit sie unberührt von der Politik nach kaufmännischen Gesichtspunkten im Interesse der Bevölkerung verwaltet werden. Der Generalkommissar wird Mitglied der Regierung sein; bei einem Kabinettswechsel muß er nicht demissionieren.

Die Massenmörder Hejas und Provan treten als inoffizielle Kandidaten der Partei des Ministerpräsidenten Wehlen bei den ungarischen Wahlen auf.

Palisadenstraße Nr. 7.

Wer im Osten Berlins die Landsberger Straße entlang geht und ahnungslos am Wäldingplatz in die Palisadenstraße einbiegt, der steht sich nach einigen Schritten erstaunt und fassungslos vor einer richtigen Hausruine stehen, deren leere Fensterhöhlen schwarz aus der trostlosen Fassade auf die Straße starren. Im Rund der dortigen Bevölkerung heißt traurige Rest des Hauses Palisadenstr. 7 die Spartakus-Küche, weil sie in den Märztagen des Jahres 1919, und zwar am 8. März, also genau vor drei Jahren, durch die Mine eines mit der Säuberung jenes Viertels beschäftigten Freikorps vollkommen demoliert wurde.

Das Haus, das aus Vorderhaus und Seitenflügel besteht und einem Schöneberger Rentier gehört, wurde durch die Mine von oben bis in den Keller durchschlagen. In den entstandenen Krater stürzten Decken, Wände und sämtliches Mobiliar hinab und bildeten, auch von außen sichtbar, eine ungeheure Schuttlawine. Das ganze Dach wurde zerstört, von der Vorderfront wurden die drei Fenster der vierten Etage fortgerissen. Außerdem aber wurde auch der Verbindungsteil zwischen Vorder- und Seitenhaus und ein Teil des Seitenhauses weggerissen. Wertwürdigerweise blieb das ganze Treppenhaus und die Korridore des einen Vorderhausflügels erhalten. Die Ruine wurde abgesperrt, die Bewohner hatten sich schon größtenteils vor dem Unheil in Sicherheit gebracht. Nur eine Frau wurde durch den Luftdruck aus einem Fenster geschleudert und starb an dem Sturz und ein junges Mädchen wurde verschüttet, aber lebend aus dem Schutt herausgezogen, verstarb dann jedoch im Krankenhaus. Auch der an das Vorderhaus stoßende Flügel des Seitenhauses mußte in allen Etagen geräumt werden. Die Bewohner des anderen Flügels haben jedoch drei Jahre hindurch unfähig trostlose Verhältnisse erleben müssen. Selbstverständlich hatte auch der Restteil des Hauses unter der fürchterlichen Explosion gelitten. Der Kalk fiel von den Wänden, Risse bildeten sich. Das Treppenhaus erzittert, wenn man fest auftritt. Auch heute noch müssen sich die Bewohner ihr Wasser vom Hof holen und wieder heruntertragen. Die Klosetts sind in Unordnung. Von der Hausverwaltung wurde uns erklärt, daß inzwischen alles schon in Ordnung gebracht worden sei, daß aber die Leitungsröhre gestohlen und die Klosetts noch vom Frost her in Unordnung seien.

Das Haus geriet eine Zeitlang auch arg in Verfall, weil sich Diebstahlsfälle in den Keller- und erhaltenen Wohnräumen einquartiert hatte, bis die Sicherheitspolizei dem Treiben ein Ende machte. Die Ruine wurde inzwischen immer mehr zur Ruine, denn zwischen dem Eigentümer und der Stadt ging ein Prozeß wegen der Wiederherstellung des Hauses. Dieser Prozeß ist nun vor einiger Zeit endlich zu Ende gegangen und zu ungünstigen der Stadt entschieden worden, und zwar muß die Stadtgemeinde Berlin, da sie auf Grund des Befehles betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichem Aufruhr entstandenen Schadens vom 11. März 1850 verurteilt worden ist, den gesamten Schaden allein tragen. Nach dem neuen Tumultschadengesetz aus dem Jahre 1920 hätte die Stadt wahrscheinlich nur zum Ersatz des 6. Teils des Schadens herangezogen werden können, während Reich und Staat den übrigen Teil tragen müßte.

Die Stadt Berlin hat sich der ihr gerichtlich auferlegten Verpflichtung zur Wiederherstellung des durch das Militär zerstörten Hauses sofort unterzogen und so sind denn seit Wochen bereits die Aufräumungsarbeiten an der größten Ruine im Gange, die an eine der traurigsten Zeiten in der Geschichte der Stadt erinnert.

Der Hauswirt holt Reparaturen nach.

Mit Verwunderung hören wir von einer Entscheidung des Mietleistungsamtes Neukölln über einen Reparaturkostenstreit zwischen dem Eigentümer der Häuser Berliner Str. 12 und Rainzer Str. 1-2 und seinen zur Kostenbedeckung heranzuziehenden Mietern. Es handelt sich um 9000 Mark Ausgaben für eine im Jahre 1920 ausgeführte Dachreparatur, die für die Hausbewirtschaftung ein Defizit brachte. Der Eigentümer, der schon mit seinen gegen viele Mieter gerichteten Anträgen auf Höherbemessung des Grundmietebeitrages beim Mietleistungsamte meist Glück gehabt hatte, versuchte es nun auch mit einem Antrag auf Festsetzung eines Reparaturzuschlages in einer seinem Geldbeutel bestimmlicher Höhe. Auch hier war ihm das Glück wieder hold, denn das Mietleistungsamte beschloß am 30. Januar 1922, daß die Badeneinhaber 50 Prozent, die übrigen Mieter (mit Ausnahme von einem) 40 Prozent der Jahresmiete von 1920 als Sonderzuschlag zahlen sollen. Im Termin hatten die Mieter durch ihre Vertretung geltend gemacht, daß die Dachreparatur deshalb so teuer geworden sei, weil der Eigentümer die Schäden, auf die er schon vor dem Kriege mehrfach aufmerksam gemacht worden sei, erst nach dem Kriege habe beseitigen lassen. Das Mietleistungsamte scheint aber auf diese Einwendungen keinen Wert gelegt zu haben, sonst wäre es wohl nicht zu einer die Mieter so stark belastenden Entscheidung gelangt, sondern hätte den Eigentümer mit einem entsprechend reichlicheren Anteil zur Kostenbedeckung herangezogen. Die Mieter haben wegen der Höhe des ihnen zuwachenden Kostenbeitrages eine Beschwerde eingelegt, in der sie auf die erwähnten Umstände nochmals hinwiesen und auch den Vorwurf erhoben, daß im Termin mehrere für das Verfahren vor dem Mietleistungsamte geltende Vorschriften nicht beachtet worden seien. Diese noch vor Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes getroffene Entscheidung, deren Aufhebung sie verlangen, ist eine Illustration zu unseren kürzlich veröffentlichten Betrachtungen über das Thema „Der Hauswirt baut, der Mieter zahlt.“

Skelettfunde unter der Böse.

Die Ueberreste eines früheren Friedhofes.

Auf dem von dem Börsen- und Handelshochschulgebäude gebildeten Innenhof werden zurzeit Fundamentierungsarbeiten für einen Erweiterungsbau der Börse ausgeführt. Bei den Ausschachtungsarbeiten stieß man auf etwa acht Skelette, die dicht nebeneinander lagen, so daß zu Anfang der Verdacht entstand, daß es sich hier um ein von irgendeinem Verbrecher herrührendes Massengrab handelte. Bei näherer Untersuchung ergab sich jedoch, daß die Skelette sehr alt sind und offenbar Personen angehören, die eines natürlichen Todes gestorben sind. Die Auffindung von Skeletten auf diesem Gelände ist durchaus keine Seltenheit. Auch bei den Ausschachtungsarbeiten für die Handelshochschule wurden massenhaft Skelette gefunden, die zu dem Friedhof gehörten, der neben der alten Heiligen-Geist-Kapelle, die ja heute noch steht, und der in das alte Handelshochschulgebäude einbezogen ist, bestattet worden sind. Alle an den Fund der Skelette geknüpften Betrachtungen sind also hinfällig. Der Fund ist kriminell ganz belanglos. Die Knochen sind bereits beiseite geschafft worden.

Gochlut amerikanischer Vergnügungsfreisender.

Eine hochglut amerikanischer Vergnügungsfreisender wird sich im kommenden Sommer auf die deutschen Bäderorte und Kurplätze ergießen. Allein bei Cook u. Son, New York, haben sich bis jetzt, wie die „Deutsche Konfektion“ erfährt, rund 300000 Europapassagiere einschreiben lassen, die Deutschland als Reiseziel angaben. So erfreulich dieser dollargewaltige Zustrom für die Fremdenindustrie auch sein mag, so ist er doch geeignet, der deutschen Bevölkerung den Badeaufenthalt herab zu verteuern, daß weite Kreise im Sommer werden auf eine Erholungsreise verzichten

müssen. Nach den bisherigen Erfahrungen darf man erwarten, daß die Amerikaner ihren hiesigen Aufenthalt auch zu allerhand Einkäufen von Bedarfsartikeln benutzen werden, so daß Handel und Industrie mancher Vorteil von diesen Besuchern zuteil werden wird.

Der nächste Großkampstag gegen die Matten.

Die Verpflichtung zur Auslegung von Mattengift ist auf die Eigentümer oder Pächter von Parkanlagen und Friedhöfen und die Inhaber einzelner Gartengrundstücke sowie auf die Pächter von Hausgrundstücken, Lager- und Schuttplätzen ausgedehnt worden. Für Laubentsonnen ist die Verpflichtung den Vorschriften in der Anlage, so daß diese auch den Erlaubnischein zur Entnahme von Mattengift vor dem Anlauf des Giftes vom zuständigen Polizeirevier zur Abstempelung vorzulegen haben. Die Verpflichtung zur Mattenentgiftung ist wahrweise auf den 25. oder 26. März festgelegt worden. Der Erlaubnischein berechtigt zum Anlauf der Vertilgungsmittel, nachdem er durch das zuständige Polizeirevier abgestempelt worden ist. Die Scheine sollen grundsätzlich von den betreffenden Brotkommissionen oder von den zur Auslegung von Mattengift Verpflichteten selbst ausgestellt werden; nur wenn dies nicht geschehen, werden sie im Polizeirevier ausgestellt werden.

Die städtischen Bezirksämter werden im Monat März dreimal wöchentlich Sprechstunden behufs Raterteilung über die Mattenbekämpfung durch ihre Desinfektoren abhalten lassen. Diese Sprechstunden sind in erster Linie für das Publikum bestimmt. Zuwiderhandlungen gegen die Polizeiverordnung über Durchführung der Mattenentgiftung werden unmissverständlich geahndet. Wiederholt wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß vom 25. bis mindestens zum Ablauf des 27. März Hausierer wegen des Giftgehalts der Phosphorlatmerge sicher zu verwarren sind. Im übrigen sei bemerkt, daß die Phosphorlatmerge nach 5 bis 6 Tagen verwittert ist und keinerlei schädliche Wirkung mehr ausüben kann.

Fahrtfreiermäßigung für Studierende.

Das Nachrichtenamt der Studentenschaft der Berliner Universität teilt mit: „Studierende der Universität Berlin werden nach einem Erlaß des Reichsverkehrsministers zwischen dem Studienort und dem Wohnort der Eltern oder Erzieher beim Beginn und Schluß des Semesters zum halben Fahrpreise in der III. und IV. Wagenklasse befördert. Diese Befreiung wird bei Verabfolgung der Fahrkarten abgemeldet und ist von dem Reisenden bei jeder Brötung der Fahrkarte vorzulegen. Nach Beendigung der Rückfahrt ist sie abzunehmen und der zuständigen Verkehrsbehörde einzuliefern. Bei Benutzung von Schnellzügen ist der volle tarifmäßige Schnellzugzuschlag zu zahlen. Der Übergang in höhere Wagenklassen ist ausgeschlossen. Zum Antritt der Reise nach Maßgabe des in der Befreiung aufgeführten Reisestages wird ein Spielraum von drei Tagen zugelassen.“

Die steigende Not der Sozialrentner. Bereits am 7. Dezember 1921 hat der Reichstag eine Ruzugrente für die Sozialrentner beschlossen. Jetzt sind drei Monate dahingegangen, ohne daß die Armen in den Genuss dieser bewilligten Unterstützung gelangt sind. Man macht den Leuten immer und überall Versprechungen, ohne ihnen wirklich zu helfen. Jetzt ist man endlich doch schon soweit, die gestellten Anträge auf die Rente zu revidieren. Wie lange sollen die Auszahlungen noch auf sich warten lassen? Woran liegt die Verzögerung? Die Bezirksämter sagen, am Berliner Magistrat. Trifft das zu?

Das Standgeld auf dem städtischen Viehhof zu Berlin soll abermals erhöht, d. h. verdoppelt werden. Das tägliche Standgeld für ein Rind soll sofort von 15 auf 30 Mark erhöht werden, für ein Kalb von 8 auf 7 Mark, für ein Schaf oder eine Fiege von 2 auf 5 Mark, für ein Schwein von 5 auf 12 Mark, das für eine Gans auf 20 Pf., für eine Ente, Kaninchen auf 25 Pf. Daneben werden die Wiegegelder verdoppelt.

Altershilfe in Groß-Berlin. Die Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege veranstaltet zurzeit eine Volksversammlung für das norddeutsche Alter unter dem Namen: „Altershilfe des deutschen Volkes“. Für Groß-Berlin leitet die Sammlung ein kürzlich gegründeter Ortsausschuß, dem sämtliche ärthlichen Wohlfahrts- und Berufsorganisationen angehören. Die Vorbereitungen zur Sammlung in Groß-Berlin sind in vollem Gange. Spenden können bereits beim Bankhaus Jacobier u. Securix, Berlin C. 2, an der Stechbahn 3/4, Konto Ortsausschuß Groß-Berlin der Altershilfe, oder auf Postcheckkonto Berlin R.W. 7, Nr. 35 982, eingezahlt werden.

Deutsche Posthunde für China. Der zweijährige deutsche Schäferhund „Fuch“ und die dreijährige deutsche Schäferhündin „Wanda“, die beide in der Staatlichen Jucht- und Abzuchtanstalt für Posthunde in Günheide i. B. Mark eine vollkommene Ausbildung empfangen haben, sind vom chinesischen Ministerium des Innern angekauft worden. Die ausgezeichneten Tiere werden in diesen Tagen auf dem Dampfer „Schlesien“ ihre „Ausreise“ nach dem Reich der Mitte antreten. Um ein Vertauschen der wertvollen Hunde zu verhindern, sind sie an verborgenen Stellen tätowiert worden. Außerdem hat man sie photographiert und wird die Bilder mit den Papieren der Hunde durch besondere Post verschickt.

Berlin mit seinen 31 Finanzämtern läßt ein Durchfinden kaum noch zu. Um diesem Mißstand abzuwehren, hat der Verlag der Kameradschaft, Berlin W. 35, einen „Führer durch die Finanzbehörden Groß-Berlins“ herausgebracht, der in wenigen Minuten Aufschluß gibt, wie man am schnellsten sein Finanzamt, seine zuständige Hebestelle, deren Geldverkehr und Fernsprecher finden kann.

71 Jahre alt ist das Mitglied der 1. Abteilung, der Dreher August Sattler, gestorben. Sattler war bereits während des Sozialistengesetzes Mitglied unserer Partei und gehörte zu denen, die tatkräftig im stillen wirkten. Die ihn kennen, werden sein Andenken in Ehren halten. Die Einäscherung findet am Donnerstag, vormittags 9 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, vielfach better, jedoch unabhängig mit einzelnen Regenschauern und frischen westlichen Winden.

Verhaftung zum Leipziger Leichenfund.

Zu der Auffindung einer männlichen Leiche in einem Reisekoffer haben die polizeilichen Ermittlungen ergeben, daß der Getötete der in Lindental bei Leipzig wohnhaft gewesene, in den sechziger Jahren stehende Rentner Emil Conrad ist. Eine der Tat dringend verdächtige Frau wurde bereits festgenommen. Die beiden Geopätriker haben mit voller Bestimmtheit in ihr die Person wiedererkannt, die am Montagabend den Korb zur Befragung aufgegeben hatte.

Ein deutscher Dampfer untergegangen. Der Dampfer der Red Star Line Kronland, der heute aus New York in Plymouth eintraf, berichtet, daß er im Ozean ein Notsignal von dem deutschen Dampfer Groutast (?) erhalten habe. Verschiedene Schiffe waren innerhalb von zwei Stunden zur Stelle, konnten jedoch von dem deutschen Dampfer kein Zeichen mehr vorfinden. Auch andere Schiffe im Atlantischen Ozean berichten, daß der deutsche Dampfer Groutast, der während des Sturmes der letzten Nacht Notsignale ausandte, gesunken sei, bevor ihm Hilfe gesandt werden konnte. Das Schicksal der Bemannung sei nicht bekannt. Bevor der Dampfer sank, teilte er durch Signale mit, daß alle Rettungsboote zertrümmert seien.

